

Die Zukunft unserer Industrie. Die Verhandlungen in der Metall- industrie.

Unter Vorsitz des Staatssekretärs Hannsch wurde gestern nachmittags die Konferenz der Interessenten der Metallindustrie fortgesetzt. Der Volksbeauftragte der ungarischen Räterepublik Wilhelm Böhm wohnte der Konferenz bei.

Experte Hammerhahn: Man ermahnt die Arbeiter mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen zur Vernunft. Diese Mahnung solle man an die Landwirte richten, die in dem letzten Tagen wieder ihre Preise erhöht haben.

Experte Zahradnik: stellt folgende Formel für die Lohnrechnung auf:
Löhne vom 1. Oktober 1914 + 50 %

02

Das Plus von 50 Prozent bedeuete die Gutmachung des Unrechts, das an der Arbeiterschaft von den Unternehmern bisher begangen wurde. Die zwei Fünftel stellen den derzeitigen Wert unserer Krone gegenüber dem Schweizer Frank im Verhältnisse zum Jahre 1914 dar. Nach dieser Berechnung würde ein Arbeiter, der im Jahre 1914 einen Stundenlohn von 80 Heller hatte, derzeit 6 Kronen erhalten. Für Wien müßte ein 25prozentiger, für Niederösterreich ein 10prozentiger Aufschlag eintreten. Für Linz wäre kein Aufschlag und für das übrige Oberösterreich sogar ein Abzug von 15 bis 20 Prozent vorzunehmen. Diese Entlohnung würde sich stets im Rahmen der internationalen Wertbemessung bewegen und weitere Lohnkämpfe ausschließen.

Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen: Unsere entgüterte Wirtschaft muß vor allem dadurch wieder auf die Beine gebracht werden, daß neue Werte geschaffen werden und die stillstehenden Betriebe wiederum zu arbeiten beginnen. Das Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt (W. E. W. A.) hat vor allem die Aufgabe, die Kohle durch die Erschließung neuer Kraftquellen zum größten Teil wenigstens zu ersetzen. In dieser Richtung steht leider der

Länderseparatismus

unseren Bestrebungen hindernd im Wege. Die Industriellen mögen ihrerseits mithelfen, diesen Länderseparatismus zu besiegen. Leider muß ich gestehen — Sie werden schon wissen, was ich meine — daß vielfach aus Ihren Kreisen eine geradezu unbegreifliche fanatische Förderung dieser Zerstückelung des Staatsganzen zu bemerken ist. Den Bemühungen des W. E. W. A. ist es vorläufig gelungen, mit Vorarlberg eine gegenseitige Unterstützung beim Ausbau der Wasserkraft zu vereinbaren. Aber es wird nur gelingen, wenn diese von einem gewissen Geist der Anarchie eingegebenen Tendenzen der Auseinandertragung der zusammenschließenden Kräfte überwunden werden.

Das Kabinett hat außerdem die Elektrifizierung der Staatsbahnen beschlossen; zunächst ist die Arlbergstrecke als die für die Elektrifizierung reifste auszubauen und in das nächstjährige Budget 50 Millionen Kronen dafür einzusetzen. Da dieses Werk mehrere Jahre erfordern wird, so hat der Kabinettsrat beschlossen, vorläufig 25 Millionen Kronen als Kofskandkredit für die Durchführung der vorbereitenden Arbeiten auszuwerfen. Auch diese Arbeit steht aber den Besitzern von Kohle voraus. Während unsere Kohlenzufuhr für die deutschösterreichischen Staatsbahnen im Februar 73.000 Tonnen Kohle und 15.000 Tonnen Koks betrug, sind schon in den ersten 13 Tagen des April 68.000 Tonnen Kohle und 65.000 Tonnen Koks eingeführt worden.

Ferner mußte das Augenmerk auf die Kohlenförderung im eigenen Lande gerichtet werden. Normalerweise würden wir gegenwärtig ungefähr 3 Millionen Tonnen jährlich fördern. Leider ist durch die Abwanderung von slowakischen Bergarbeitern und durch andere Umstände diese Zahl auf 1.200.000 Tonnen gesunken. Das Staatsamt hat sich bemüht, eine Ausgestaltung der bestehenden Kohlenförderungsanlagen herbeizuführen und in einer Reihe von Unternehmungen ist es tatsächlich gelungen, die Tagesleistungen schon jetzt zu erhöhen. Es ist zu erwarten, daß in zirkel zwei Jahren, die bisherige Tagesleistung von etwa 300 Tonnen täglich auf 1500 Tonnen erhöht werden wird. Schon zu Ende des laufenden Jahres dürfte sich die Tagesleistung um 600 bis 800 Tonnen auf 1000 bis 1100 Tonnen erhöhen. Das Staatsamt lenkt sein Augenmerk darauf, noch nicht erschlossene Kohlenflöze neu zu erschließen. Die so vermehrten Kohlen-

mengen sind nach einem gewissen Plane bereits der Industrie und dem Gewerbe zugewiesen worden. Zunächst wurden 7000 Tonnen ausländische und 3000 Tonnen inländische Kohle dem Baugewerbe zugewiesen. Diese Mengen reichen hin, um 18.000 Bahnwagen Zement und 76 Millionen Ziegel, also für eine ganze Saison, herzustellen. Das Staatsamt nimmt auch in Aussicht, die Kofskauer Raffinerie zu demontieren, wodurch 20 Millionen Ziegel und ein großer Baugrund für Hochbauten gewonnen werde. Es ist geplant, in Wien 16 Häuserblocks für Arbeiterwohnungen und 20 Hochbauten zu errichten, abgesehen von der Ziegel- und Schwarzblechregulierung. Durch diese Bautätigkeit werden 12.000 arbeitslose Bauarbeiter Beschäftigung finden, ebenso viele Arbeiter des Metallgewerbes und der holzverarbeitenden Gewerbe. Alle diese Maßnahmen verschwinden jedoch vor der Notwendigkeit, den normalen Verkehr mit dem Auslande wieder herzustellen. (Zustimmung.) Außer der Kohle benötigen wir auch dringend Rohstoffe. Wenn der Staat nicht imstande ist, durch staatliche Kreditoperationen die nötigen Devisen zu beschaffen, dann kann man es ruhig dem Einzelnen überlassen, sich diesen Kredit zu beschaffen. Diese Förderung der Zügel kann allerdings nicht plötzlich und schrankenlos vor sich gehen. Es ist eine Reihe von Erleichterungen in Aussicht genommen, vor allem eine Einschränkung der sogenannten generellen Verbotliste für Importe; ferner die Beseitigung aller Schranken und Beschränkungen, wie Transportscheine, Einkaufsbewilligungen usw. Es soll eine einheitliche Kommission unter Beiziehung der Interessenten gebildet werden, die den verschleppten Instanzenzug ausschalten soll. Ebenso soll eine gewisse Einschränkung der Anbotspflicht erfolgen. In bezug auf die Devisen soll eine gewisse Erleichterung geschaffen werden. Die Regierung ist sogar bereit, für Geschäfte, die auf Vererbung beruhen, unter gewissen Kautelen Devisen vorzuschicken.

Staatskanzler Dr. Renner teilt mit, daß die Verhandlungen der „Anschaffungsbeitrags- und Lohnkommission“ folgendes Ergebnis hatten:
1. Der Anschaffungsbeitrag von 500 Kronen wird auf die Monate April, Mai, Juni, Juli, August aufgeteilt und am 15. jedes Monats werden für den ganzen Monat 100 Kronen ausgezahlt.
2. Dazu werden für jedes Familienmitglied und für jeden Lehrling 20 Kronen ausgezahlt in demselben Ausmaße wie dies der Arbeitsvertrag festsetzt.
3. Vorschüsse im Betrage der halben Monatsgebühr können gegeben werden, wenn der Betriebsausschuß festgestellt hat, daß der Vorschuß für größere Anschaffungen nötig ist. Unternehmungen, welche nach dem Urteil dieser Kommission an Mangel an Betriebskapital leiden, können zur Auszahlung der Vorschüsse nicht gezwungen werden.
4. Die staatliche Finanzverwaltung stellt der Anschaffungsbeitrags- und Lohnkommission den Betrag von 5 Millionen Kronen als Vorbehalt zur Verfügung. Die Kommission wird Ansuchen von Firmen, welche flüssige Mittel zur Auszahlung des Anschaffungsbeitrages nicht besitzen, entgegennehmen, prüfen und aus diesem Betrag vorzuschussweise befriedigen. Die Vorschussbeträge sind bis zum 1. September dem Staate zurückzustellen. Dabei können 2 Millionen Kronen durch die Kommission passiert werden.
5. Die bestehenden Lebensmittelverbände sind zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschließen, welche das Recht des freien Einkaufes erhalten. Diese Organisation wird auf demokratischer, genossenschaftlicher Grundlage und auf der Selbstverwaltung der Angestellten und Arbeiter unter angemessener Teilnahme der Unternehmungen ruhen.
6. Das Staatsamt für Seerwesen wird seine Bestände an Bekleidung und Beschuhung, soweit sie nur irgend entbehrlich sind, in einem angemessenen Anteil an die im Punkt 5 erwähnte Organisation zur Verteilung im eigenen Wirkungskreise hinausgeben.
7. Die erste Rate des Anschaffungsbeitrages erfolgt sofort, wobei vorausgesetzt ist, daß die unverzügliche wieder aufzunehmenden Tarifverhandlungen zum positiven Ergebnis führen.
8. Die Lohnregulierung gilt rückwirkend vom 14. April an. Karfreitag, den 19. d., wird an die Arbeiter eine Monatszahlung in der Höhe der bisherigen Ausbille geleistet. Diese Monatszahlung fällt weg, wenn der Tarifvertrag bis dorthin zustande kommt und zur Durchführung gelangt.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter hält es für seine Aufgabe, die Rückwirkung der Verhandlungen auf die Staatsfinanzen darzulegen. Der Fehlbetrag im Staatshaushalte sei so groß, daß es unmöglich sei, die Staatslasten zu erhöhen oder auf Einnahmen zu verzichten. Wenn dies geschähe, so würde dies den vollen Zusammenbruch bedeuten und damit auch den

Zusammenbruch der sozialen Maschine und die Herbeiführung der politischen Reaktion. Aber noch schlimmer als diese Lage der Staatsfinanzen sei das vollständige Darunterliegen der industriellen Arbeit.

Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sei die erste und oberste Sorge aller staatlichen Faktoren und auch der Finanzpolitik. Wenn man von verschiedenen Seiten höre, daß bei den Arbeitern

keine Arbeitswilligkeit vorhanden sei, sei das einfach nicht wahr, denn man müsse bedenken, daß so gut wie alle Voraussetzungen für die Arbeit fehlen.

Über nicht nur aus Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen stehe die Industrie still, sondern insbesondere auch deshalb, weil sie finanziell nicht weiter könne. Bemühungen, von den Banken Kredit zu erhalten, seien erfolglos, weil diese nicht über so viel flüssige Mittel verfügten. Der Staatssekretär könne selbstverständlich nicht die Verpflichtungen, die die ganze alte Monarchie betreffen, aus deutschösterreichischen Mitteln zahlen. Da nun der Staatssekretär sich bemüht sei, daß man die Industrie nicht stilllegen und damit ein Meer von Elend und Arbeitslosigkeit erzeugen könne, habe er eine

Hilfsaktion

eingeleitet, durch welche diese Forderungen soweit befriedigt werden, als notwendig ist, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Der Staatssekretär richtet an die Arbeiter den Appell, sich mit den Unternehmern zu einigen und dieses fürchterliche Unglück, das den Staat rettungslos ins Elend stoßen würde, zu verhüten. Er schildert in eindringlichen Worten die traurige Lage des Staates und die schrecklichen Folgen, die der Stillstand der Industrie und die dadurch immer größer werdende Arbeitslosigkeit für die ganze Bevölkerung hätte. Er erinnert daran, was alle während des Krieges geleistet und gebildet haben und bittet, jetzt, wo der erste Hoffnungsschrahl wieder leuchtet, wo man hoffen könnte, in einigen Wochen wieder den Frieden zu haben, noch einige Zeit auszuhalten. Wenn jetzt der Industrie die Mittel weggenommen werden, die notwendig sind, sie in Gang zu erhalten, wenn die Lohnforderungen so hoch werden, daß sie einfach nicht bewilligt werden können, so würde das

das größte Elend für alle

bedeuten. Dann würden auch die Voraussetzungen zerstört werden, die für die Sozialisierung und für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft notwendig sind.

Abg. Domes führt aus, der Zweck der Konferenz sei vor allem gewesen, zu erfahren, wie es um die Zukunft der industriellen Produktion bestellt sei. Die Arbeiter haben von der Regierung gehört, daß ein geordnetes Arbeiterrecht auf gesetzlicher Basis geschaffen werden soll. Was die Gesetzgebung nicht imstande sei durchzuführen, das wollen die Arbeiter versuchen, im Vereine mit den Unternehmern zu erreichen.

Staatskanzler Dr. Renner: Es zeigt sich, daß die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen und Monaten vollzogen haben, sowohl bei der Unternehmerschaft als auch bei der Arbeiterschaft nicht ohne tiefen Eindruck geblieben sind. Wir alle haben in gewissem Grade

umgelernt, nicht zu unserem Schaden. Wir haben bei der allgemeinen Entwicklung der Dinge gesehen, daß sich jetzt tatsächlich schon ein Weg in die Freiheit auftut, indem unsere Ein- und Ausfuhr von Tag zu Tag mehr erleichtert wird, die inneren Bedingungen der Produktion immer deutlicher zu überblicken sind. Nun möchte ich an Sie eine erinnernde Mahnung richten. Wir haben fünf bittere Jahre ausgehalten. Nun haben wir nur noch fünf Monate — und diese Zeit sollen wir durchhalten für uns selbst, für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft, für die Wiederherstellung des ganzen Wirtschaftslebens. Was der Zusammenbruch in letzter Stunde bedeutet, haben wir gerade in militärischen Dingen erfahren. Bereiten wir uns nicht selber die wirtschaftliche Niederlage und Auflösung, indem wir gerade in letzter Stunde die Fassung verlieren. Ein Volk, wie wir jetzt sind, Deutsche unter Deutschen, Menschen einer gewissen einheitlichen Kultur, nicht mehr zusammengekommen mit Völkern anderer Denkweise und anderer Kulturstufe, nicht mehr gezwungen, unsere Mittel zu verwenden für andere Länder, die uns niemals banföher waren, auf uns selbst eingestellt, durch fünfzig Jahre im Besitze der allgemeinen Volksschule, durch Jahrzehnte im Besitze einer selbst geschaffenen Organisation, arm zwar von Natur aus, aber reich an Gaben und Talent, reich an Erinnerungen einer schönen in tüchtigen Arbeit verlebten Zeit, haben wir kein Recht, an uns zu verzweifeln. (Lebhafte Zustimmung.) Lassen Sie den Staat nicht im Stiche in den Gefahren, die ihm drohen.